

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Roth, Paterna, Dr. Jens, Bachmaier, Frau Blunck, Bernrath, Berschkeit, Catenhusen, Dr. Diederich (Berlin), Egert, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Frau Huber, Immer (Altenkirchen), Kretkowski, Dr. Kübler, Kuhlwein, Frau Dr. Lepsius, Liedtke, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny-Glotz, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Peter (Kassel), Frau Renger, Frau Schmedt (Lengerich), Frau Schmidt (Nürnberg), Frau Simonis, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Frau Steinhauer, Stiegler, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Frau Weyel, Frau Zutt, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Beschäftigungssituation von Frauen bei der Deutschen Bundespost

Die Deutsche Bundespost ist der größte Arbeitgeber für Frauen. In den Jahren 1976 bis 1983 ist der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt bei der Deutschen Bundespost von 32 v. H. auf 35 v. H. angestiegen. Jetzt droht eine gegenläufige Tendenz:

Die für die Jahre 1983 bis 1989 vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen bei der Deutschen Bundespost gefährden über 40 000 Arbeitsplätze. Arbeitsplätze im Büro- und Dienstleistungsbereich, traditionell eine Domäne der Frauenarbeit auch bei der Deutschen Bundespost, sind in erheblichem Umfang durch die Anwendung neuer Technologien wie beispielsweise beleggebundener Zahlungsverkehr (BZV), kundenorientierte Neugestaltung der Teilnehmerdienste durch DV-Systeme (KONTES), Neuordnung der Telegrammdienste (TDS) sowie Briefverteilmaschinen bedroht.

Eine weitere Gefährdung typischerweise von Frauen besetzter Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost liegt in der geplanten, durch eine restriktive Beschäftigungspolitik der Deutschen Bundespost verursachte ausbildungsfremde Unterbringung von männlichen Nachwuchskräften in Arbeitsbereichen, die überwiegend Frauen zur Verfügung standen.

Neben der Gefährdung dieser Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost sind es vor allem auch insgesamt schlechte Arbeitsbedingungen, die die Arbeitsplätze von Frauen bei der Deutschen Bundespost kennzeichnen: monotone Tätigkeiten, Arbeitshetze, schwere körperliche Arbeit sowie unregelmäßige Arbeitszeiten führen zum Teil zu erheblichen Gesundheitsgefährdungen bei weiblichen Beschäftigten.

Innerhalb der Laufbahnen bei der Deutschen Bundespost sind Frauen vorwiegend im einfachen und mittleren Dienst (1981: 36 v. H.) beschäftigt, trotz teilweise qualifizierter Schul- und Berufsausbildung. In Führungspositionen der Deutschen Bundespost sind Frauen kaum vertreten (gehobener Dienst: 8,25 v. H., höherer Dienst: 3,3 v. H.). Ihre Entscheidungs-, Weiterbildungs- und Fortkommensmöglichkeiten sind entsprechend gering.

In einer wirtschaftlichen Situation, in der über eine Million Frauen offiziell als arbeitslos registriert sind und sich die annähernd gleiche Zahl in der sog. stillen Reserve befindet, kommt gerade den öffentlichen Arbeitgebern eine besondere Verantwortung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Sie dürfen nicht noch dazu beitragen, daß angesichts der Knappheit der Beschäftigungsmöglichkeiten Frauen systematisch aus dem Berufsleben verdrängt werden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Trifft die Einschätzung der Deutschen Postgewerkschaft zu, daß die Umstellung der Telefonauskunft bei der Deutschen Bundespost bis hin zur vollautomatisierten Auskunft zur Einsparung von mehr als 3 900 fast ausschließlich von Frauen besetzten Arbeitsplätzen führt?

Welche vorbeugenden Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, damit im Interesse der weiblichen Beschäftigten Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten bleiben?

2. Was unternimmt die Bundesregierung, um die aus dem Untersuchungsbericht „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen am Beispiel Niedersachsen“ aufgezeigte Gefährdung der Arbeitsplätze durch Privatisierung zu verhindern?

Welche Ersatzarbeitsplätze hält die Bundesregierung für betroffene Frauen bereit?

3. Wie hoch ist die Zahl der bei der Deutschen Bundespost teilzeitbeschäftigten Frauen, die unterhalb der Sozialversicherungsgrenze arbeiten?

Wie hoch waren die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1982 und 1983?

In welchen Bereichen der Deutschen Bundespost sind diese Frauen überwiegend beschäftigt?

In welchem Umfang werden Wünsche von teilzeitbeschäftigten weiblichen Arbeitnehmern nach Aufstockung der wöchentlichen Arbeitszeit berücksichtigt?

In welchem Umfang wurde die Wochenarbeitszeit von teilzeitbeschäftigten Frauen auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen, personalwirtschaftlichen Maßnahmen bzw. durch die Reduzierung des Dienstleistungsangebots abgesenkt?

4. In welchem Umfang werden Frauen in der Briefverteilung bei der Deutschen Bundespost als sogenannte Abrufkräfte beschäftigt?

Wie lauten die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1982 und 1983?

Welchen prozentualen Anteil an den dort beschäftigten Frauen insgesamt nehmen diese Teilzeitkräfte ein?

Welche Aufstiegs- und Fortkommensmöglichkeiten bestehen für diese Frauen?

5. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die Arbeitsplätze von Frauen im Brief- und Paketumschlag den derzeit gültigen Frauenarbeitsschutzvorschriften, die das Heben und Tragen von Lasten von mehr als 10 kg von Frauen verbieten, anzupassen?

Welche vorbeugenden Maßnahmen entwickelt die Deutsche Bundespost darüber hinaus, um die Arbeitsplätze in diesem Bereich für Frauen, aber auch für Männer, zu verbessern?

6. In welchem Umfang sind die von Frauen besetzten Arbeitsplätze im Brief- und Paketumschlag der Deutschen Bundespost durch Privatisierungsbestrebungen sowie den Einsatz neuer Technologien gefährdet?

7. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die im Bereich der Brief- und Paketzustellung der Deutschen Bundespost durch neue Technologien sowie Privatisierungsbestrebungen gefährdeten Arbeitsplätze von Frauen zu sichern?

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung darüber hinaus, um die Arbeitsbedingungen dieser Frauen zu verbessern?

8. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die Arbeitsplätze von Frauen im Bereich des mittleren nichttechnischen Fernmeldedienstes bei der Deutschen Bundespost, die durch Einführung der kundenorientierten Neugestaltung der Teilnehmerdienste durch DV-Systeme (KONTES), durch Neuordnung der Telegrammdienste (TDS) sowie durch Datenerfassung für den Buchdienst erheblich gefährdet sind, erhalten bleiben?

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um einerseits der zu befürchtenden Arbeitszergliederung entgegenzuwirken und andererseits die beruflichen Qualifikationen dieser Frauen zu verbessern, Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten sowie beruflichen Aufstieg zu ermöglichen?

9. In welchem Ausmaß werden durch die Automatisierung der Zahlungsverkehre durch Einführung des papierlosen Auftragsdienstes, durch Einführung des Bildschirmtextes sowie durch den Gebrauch von Kartensystemen Arbeitsplätze im Bereich des Postgiro-/Postsparkassendienstes der Deutschen Bundespost voraussichtlich entfallen?

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um diese Arbeitsplätze von Frauen zu sichern, bzw. welche Ersatzarbeitsplätze wird sie für diese Frauen schaffen?

10. In welchem Umfang werden Arbeitsplätze von Frauen im Bereich der Postversorgung durch Kürzung der Schalteröffnungszeiten sowie durch Zentralisierungen u. a. des Zustelldienstes vernichtet?

11. Wie gedenkt die Bundesregierung die Aufforderung der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“, daß

„verstärkte Bemühungen (unerläßlich sind), um die Konzentration auf wenige sog. frauentypische Berufe und Tätigkeiten mit z. T. hoher Krisen- und Rationalisierungsanfälligkeit zu verringern“

für den Bereich Deutsche Bundespost so umzusetzen, daß Frauenarbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden?

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung im einzelnen?

Bonn, den 4. September 1984

Frau Dr. Däubler-Gmelin

Roth

Paterna

Dr. Jens

Bachmaier

Frau Blunck

Bernrath

Berschkeit

Catenhusen

Dr. Diederich (Berlin)

Egert

Frau Fuchs (Köln)

Frau Fuchs (Verl)

Frau Dr. Hartenstein

Frau Huber

Immer (Altenkirchen)

Kretkowski

Dr. Kübler

Kuhlwein

Frau Dr. Lepsius

Liedtke

Frau Luuk

Frau Dr. Martiny-Glotz

Frau Matthäus-Maier

Müller (Düsseldorf)

Frau Odendahl

Peter (Kassel)

Frau Renger

Frau Schmedt (Lengerich)

Frau Schmidt (Nürnberg)

Frau Simonis

Frau Dr. Skarpelis-Sperk

Dr. Soell

Frau Steinhauer

Stiegler

Frau Terborg

Frau Dr. Timm

Frau Traupe

Frau Weyel

Frau Zutt

Dr. Vogel und Fraktion